



Hallo Sabine

Es weihnachtet überall!

Wofür verschenken wir unsere Steuergelder?

Wir haben marode Schulen, Kindergärten, Straßen, Brücken und so weiter. Überall fehlt das „liebe“ Geld. Deutsche Milliarden fließen jedoch in alle Welt. Hauptsponsor von UNO, WHO und auch EU ist Deutschland. Schauen wir uns den Haushaltsplan 2024 der Bundesregierung auch an. 2024 will Deutschland für Investitionen zum Klimaschutz und der Biodiversität im Ausland **685.006.000** Euro ausgeben. Weitere Zahlen zur Verdeutlichung, warum wir für unsere Infrastruktur kein Geld mehr haben: **200 Millionen** für die nationalen Klimaziele in Kolumbien, **315 Millionen** für Busse und Radwege in Peru, **100 Millionen** für sozial-gerechte Energiewende im Senegal, **4 Milliarden** für grüne Energie in Afrika, **600 Millionen** „Entwicklungshilfe“ an China, **72.642.000** Euro für die Stadtbahn von Saigon usw. Hier können Sie weiterlesen:

<https://apollo-news.net/73-millionen-euro-fuer-die-stadtbahn-von-saigon-die-absurden-ausgaben-im-bundshaushalt-2024/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Im kommenden Jahr werden wir weiterhin ernsthaft daran arbeiten, dass die Gerechtigkeit wieder im Mittelpunkt unserer Gesellschaftspolitik steht.

Neue Strafanzeige in Karlsruhe eingereicht

Sieben Personen wurden diesmal angezeigt, weil sie Deutschland mit der Bestellung des Impfstoffs von BioNtech/Pfizer den Bedingungen des Vorabkaufvertrags Gültigkeit verschafft haben. Darunter fallen die unsichere Produktion, die ungewisse Qualität und die unbekannt Nebenwirkungen des Impfstoffs. Alle sieben Personen haben dafür gesorgt, dass ein risikvoller Impfstoff ohne gründliche Prüfung auf Wirkung und Sicherheit in Deutschland verbreitet wurde. Sie haben die Bevölkerung für ein medizinisches Experiment einfach freigegeben. Die Chargen wurden nicht ordnungsgemäß geprüft und die fortwährende und systematische Überwachung der Sicherheit der Impfstoffe wurde nicht gewährleistet. Hier können Sie die Strafanzeige entnehmen:

https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/12/Strafanzeige-National_Formular.pdf

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Aktion Volksentscheid

Unsere Ziel bis zum Jahresende genügend Menschen für diese Abstimmung zu gewinnen, haben wir leider nicht erreicht. Es mag sicher etwas aufwendig sein, die verschiedenen Vorschläge zu den Ausführungsgesetz-Entwürfen zu sichten – wir haben deshalb ja auch eine Zusammenfassung ...

<http://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/05/Informationsblatt-zu-VG.pdf>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

... zur Verfügung gestellt – aber es ist enorm wichtig dem Bundestag, den Abgeordneten, klar zu machen, dass wir es mit der Volksabstimmung auf Bundesebene ernst meinen. Mit den bisher erreichten Zahlen (2686) vermitteln wir ihnen diesen Eindruck allerdings nicht. Es liegt also an uns, an Ihnen allen, das zu ändern. Also, wir bleiben dran! Bitte stimmen Sie mit ab, teilen sie den Link an Ihre Bekannten, Freunde, Familien, andere Netzwerke weiter

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksentscheid/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Weihnachtspause

Wir haben im letzten Jahr sehr viele Aktionen durchgeführt. Wir machen selbstverständlich im neuen Jahr genauso weiter. Jetzt steht jedoch erst mal eine kurze Weihnachtspause an und wir melden uns am 6. Januar 2024 wieder.

Mit unserem letzten Newsletter 2023 wünschen wir allen unseren Newsletterbezieher*innen schöne Weihnachtstage und alles erdenklich Gute für das NEUE JAHR. Wir bedanken uns ganz herzlich, dass Sie bei uns mitgemacht haben.

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Willkommen im Jahr 2030!

Eine wichtige Weihnachtslektüre für alle

„**W**illkommen im Jahr 2030: Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre, und das Leben war noch nie besser“, ...prognostiziert die dänische Politikerin Ida Auken. In einem 2016 vom Weltwirtschaftsforum (WEF) veröffentlichten Artikel idealisiert sie eine Gesellschaft, wie sie aus dem vom WEF propagierten Great Reset hervorgehen könnte. Durch diesen soll der gesamten Menschheit ein neues, totalitäres „Betriebssystem“ des Zusammenlebens aufgezwungen werden. **Die geplanten Verträge mit der WHO verfolgen auch dieses Ziel.**

Was bei ihr wie Science Fiction klingt, befindet sich allerdings schon längst in der Umsetzung. Denn damit die Menschen die mit einer solchen Welt einhergehende, permanente Überwachung und die Abhängigkeit von den Eigeninteressen technokratischer Weltkontrolleure bereitwillig akzeptieren, ist ein Great Mental Reset erforderlich, **eine Gehirnwäsche globalen Ausmaßes.** Das Ziel: **Die Beseitigung eigenständigen Denkens zugunsten einer unreflektierten Konformität.**

Dr. med. Michael Nehls beschreibt in seinem Buch „**Das indoktrinierte Gehirn**“ (Verlag Mental Enterprises 2023), wie es uns gelingen kann, diesen fatalen Prozess zu stoppen und umzukehren, damit die Menschen unserer und aller zukünftigen Generationen wieder auf völlig natürliche Weise ihr volles geistiges Potential entfalten können. **Die Lektüre dieses Buches ist ein Muss für alle, die sich ihren kritischen Geist und ihre geistige Freiheit bewahren wollen.**

Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht

Immmer wieder erreichen uns Zuschriften mit der gleichlautenden Antwort des Bundesverfassungsgerichts, die da lautet „...*Ihre Verfassungsbeschwerde dürfte unzulässig sein...*“ Also, sie IST noch nicht unzulässig, aber man will Sie darauf vorbereiten, dass sie es werden wird. Das ist kein Bescheid oder eine Ablehnung. Wenn das Gericht Ihnen ein solches Schreiben schickt, dann haben wir eine Antwort parat. **Diese finden Sie im Nachtrag unter diesem Link:**

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Das Schreiben mit Ihrem Aktenzeichen, Namen, Adresse und Datum ergänzen, ausdrucken, unterschreiben und per Post nach Karlsruhe schicken.

Aktion Julian Assange

Die Aktion „**Ehrenbürgerschaft an Julian Assange**“ ist angelaufen. Mehrere Medien berichten schon darüber. Wir wollen mit dieser Aktion natürlich Solidarität für Julian Assange bezeugen, gleichzeitig aber auch die Gemeinden/Städte herausfordern, sich mit der Causa Assange zu beschäftigen. Da ja nur wenige Bürger wirklich das Ausmaß dieses Unrechts und der damit verbundenen Rechtsbeugung und Menschenrechtsverletzung kennen, würde ein Antrag in der Gemeinde zumindest bewirken, dass der Gemeinderat/Stadtrat sich damit beschäftigen muss und so Öffentlichkeit hergestellt wird. Machen Sie bei der Aktion mit, teilen Sie das Video (s.u.) über die Aktion, sammeln Sie Unterschriften (Liste im Antrag enthalten) und informieren Sie die örtlichen Medien darüber.

<https://gemeinwohl-lobby.de/julian-assange/>

Mit diesem Video kann jeder für die Aktion „Ehrenbürgerschaft an Julian Assange“ werben:

<https://youtu.be/8iVdw6X2G0E>

Volksentscheide brauchen wir

Für Volksentscheide auf Bundesebene kämpfen wir unverändert weiter. Mit dieser Abstimmungsaktion sind wir direkt-demokratisch aufgestellt und führen dem Bundestag vor wie über Ausführungsgesetz-Vorschläge von den Bürgern abgestimmt werden kann. Wir machen die Arbeit des Bundestages, sie brauchen den Gesetzesvorschlag dann nur noch umsetzen, damit endlich der Art 20(2) des Grundgesetzes (Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen...) zur Ausführung kommt. Wir, das Volk, sind der Souverän, das müssen sie, die Abgeordneten und ihre Bürokratie endlich merken! Bitte beteiligen Sie sich an der Abstimmungsaktion für Volksentscheide, wir brauchen hier viele Bürger, die mit abstimmen. Es geht jetzt auch ONLINE!

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Der größte Skandal in der Medizingeschichte!

Erst seit kurzem ist bekannt, dass der erste geheime Kaufvertrag zwischen der EU und den Impfstoffherstellern BioNTech/Pfizer geleakt wurde. Darin ist erkennbar, dass die **Impfstoffe unzureichend getestet und geprüft und viel zu schnell und überhastet zugelassen wurden**. Die EU-Kommission und die Regierungen weigerten sich aber bisher, den Vertrag offenzulegen. Nun ist klar warum: Denn in diesem Vertrag kann nun jeder nachlesen, wie bedenkenlos die EU-Kommission und die Regierungen der EU mit dem Leben ihrer 451 Millionen Bürger gespielt haben.

Die EU-Kommission erklärt in diesem Vertrag, dass der Gebrauch des Impfstoffes „unter der alleinigen Verantwortung der Mitgliedsstaaten der EU“ erfolgt. Nicht die EU-Kommission, nicht BioNTech/Pfizer sind für die Anwendung verantwortlich, sondern die Mitgliedsstaaten der EU. Die Pharmafirmen haften also für gar nichts. Die EU akzeptiert, dass die Herstellung des Impfstoffes "erheblichen Risiken und Ungewissheiten" unterliegt. Damit hat die EU-Kommission die hohen Risiken und Unsicherheiten bei der Herstellung des Impfstoffs anerkannt und gleichzeitig die Mängel der Impfstoffproduktion gebilligt.

Auf Seite 25 des Kaufvertrages legen EU-Kommission und BioNTech/Pfizer sogar fest, für welche Impfschäden die **Schadloshaltung des Pharmakonzerns gilt**. Das sind: für Todesfälle, körperliche Schäden, mentale oder emotionale Schäden, Krankheiten, Behinderungen, Verlust oder Beschädigung von Eigentum, wirtschaftliche Verluste oder Geschäfts-Unterbrechungen.

Ferner bestätigen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten mit den von EU ausgehandelten Bestellungsverträgen, dass die Langzeit-Wirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffs nicht bekannt sind und nicht bekannte Nebenwirkungen auftreten können. Und das bei einem Impfstoff, mit dem Gesunde (!) geimpft werden sollten! Hier können Sie über den Skandal ausführlich lesen:

<https://auf1.info/dr-strasser-der-groesste-menschenversuch-der-geschichte/?ac=1&lc=1?ac=1&lc=1>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Deshalb hat die Menschenrechtsorganisation United For Freedom am 28. November 2023 eine Strafanzeige gegen die Hauptverantwortlichen dieses Vertrages bei dem Internationalen Strafgerichtshof Den Haag eingereicht. Auf der Grundlage der verfügbaren Informationen besteht Grund zur Annahme, dass mehrere Personen zahlreiche Verstöße gegen den Nürnberger Kodex, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Verbrechen des Völkermords und Kriegsverbrechen begangen haben. Hier können Sie die Strafanzeige lesen:

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/12/Voelkerrechtsstrafanzeige.pdf>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Ehrenbürgerschaft an Julian Assange

Das Beispiel der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Julian Assange durch die Stadt Rom hat die Bürgerinitiative Gemeinwohl-Lobby zum Anlass genommen, eine deutschlandweite Aktion zu starten. Wir hoffen, dass es uns gelingt, einige Gemeinden zu überzeugen, Julian Assange die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Auf jeden Fall dient unsere Aktion bisher Österreich als nachahmenswertes Beispiel.

<https://zeitenwende-magazin.at/ehrenbuergerschaft-fuer-julian-assange/>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Unterstützen auch Sie auch die Aktion in Ihrer Gemeinde. Ein Musterantrag kann auf unserer Webseite heruntergeladen werden.

<https://gemeinwohl-lobby.de/julian-assange/>

Mit nachfolgendem Video kann jeder auch für die Aktion „Ehrenbürgerschaft an Julian Assange“ werben:

<https://youtu.be/8iVdw6X2G0E>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Einladung zum Webinar

Falls Sie Unternehmer kennen, die Ihre betriebliche Nachhaltigkeit verbessern und zukunftsfähig gestalten wollen, leiten Sie bitte diese Einladung zu einem kostenlosen Webinar weiter.

Veranstalter: Gesundheit der Gemeinwohlökonomie

Termin: Montag 11.12.2023, 17 Uhr -19 Uhr

<https://impactzert.eu/portfolio-item/webinar-aktiver-klimaschutz-und-csr-d-konforme-nachhaltigkeits-berichterstattung/>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Volksentscheide sind nach wie vor notwendig

Unser Verfassungsbeschwerde wegen Art. 146 Grundgesetz wurde bis jetzt vom Bundesverfassungsgericht nicht abgewiesen. Auch für Volksentscheide auf Bundesebene kämpfen wir unverändert weiter. Es ist entscheidend, dass sich sehr viele an unserer Abstimmungsaktion dafür beteiligen und den Politikern zeigen, wer der Souverän ist. Verteidigen Sie mit uns unsere Demokratie und beteiligen Sie sich zahlreich. Die Abstimmungsaktion für Volksentscheide ist auch ONLINE möglich!

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Falls der Link nicht funktioniert, bitte kopieren und direkt in die Browserleiste einfügen

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und



Hallo Sabine

Wir stellen Befangenheitsantrag gegen den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts!

Befangenheitsantrag

Am 8. November 2023 besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz und weitere Mitglieder der Bundesregierung auf Einladung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Harbarth das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu einem „**Gedanken- und Erfahrungsaustausch**“.

Da inzwischen mehrere Verfassungsbeschwerden zur fehlenden Umsetzung von Artikel 146 Grundgesetz beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind, gehen wir davon aus, dass diese Verfassungsbeschwerden auch Gegenstand des „Gedanken- und Erfahrungsaustausches“ waren. Möglicherweise warnten die Vertreter der Regierung davor, die Büchse der Pandora – in ihren Kreisen Volkssouveränität genannt – mit Aktivierung des Artikels 146 Grundgesetz zu öffnen. **Deshalb hat unser Rechtsanwalt, Friedemann Willemer, am 13. November einen Befangenheitsantrag gegen den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, gestellt.** Hier finden Sie den Befangenheitsantrag und den Pressemitteilung dazu:

<https://gemeinwohl-lobby.de/befangenheitsantrag/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen

Wir sollen das Eisen warm halten. Deshalb rufen wir weiterhin auf, die Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht unter eigenem Namen einzureichen. Alle Infos zur Einreichung der Verfassungsbeschwerde finden Sie auch unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen

Ehrenbürgerschaft an Julian Assange

Julian Assange ist der vermutlich wichtigste Journalist der Welt. Er hat sich für Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen auf der ganzen Welt verdient gemacht. Dies ist ein herausragender Grund, ihn zum Ehrenbürger zu ernennen. **Inspiziert von dem Beispiel der Stadt Rom regt die GemeinWohl-Lobby an, Julian Assange auch in Deutschland in möglichst vielen Städten und Gemeinden mit der Ehrenbürgerschaft auszuzeichnen.** Die Stadt Berlin beschäftigt sich auch schon mit dieser Idee.

<https://www.freitag.de/autoren/sebastianpuschner/ist-wikileaks-gruender-julian-assange-bald-ehrenbuerger-von-berlin>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Wir möchten mit unserer Aktion möglichst viele Bürger dazu anregen, in ihren Städten und Gemeinden Anträge auf Ehrenbürgerschaft für Julian Assange zu stellen. Ein Musterantrag kann auf unserer Webseite heruntergeladen werden.

<https://gemeinwohl-lobby.de/julian-assange/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen

Mit diesem gut gelungenen Video können Sie für die Aktion **„Ehrenbürgerschaft an Julian Assange“** werben:

<https://youtu.be/8iVdw6X2G0E>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Volksentscheide fördern einen offenen Diskurs

Wenn wir als Gesellschaft nicht lernen offen und öffentlich zu denken, diskutieren und handeln, werden wir weder neue Lösungen finden noch bestehende Probleme beseitigen können. Der Volksentscheid auf Bundesebene ist eine solche Plattform und steht uns nach Art 20 (2) Grundgesetz auch zu. Dass wir bisher keine Umsetzung zur Verfügung bekommen haben, ist der Angst der Regierung und des Parlaments geschuldet auch hier eine Büchse der Pandora zu öffnen. Sie möchten weiterhin die Bürger außen vorlassen und selbst entscheiden, was für die Menschen im Lande gut ist. Mit dieser Aktion erinnern wir sie daran, wer Souverän ist. **Bitte beteiligen sie sich an unserer Abstimmungsaktion für Volksentscheide, denn Volksentscheide helfen auch Lösungen zu finden.** Die Abstimmung ist jetzt auch **ONLINE** möglich!

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen

Mit herzlichen Grüßen



Hallo Sabine

Wann kommt der Ruck des Erwachens?

Der Wirtschafts-Schlamassel am Standort Deutschland

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat Ende Oktober seine neue Industriestrategie vorgestellt. Darin finden sich Sätze, die den aktuellen Zustand von Deutschlands Wirtschaft beschreiben.

Das Wirtschaftsministerium hat eine eigene Bestandsaufnahme des Landes gemacht. Es wurde ein 60-seitiges Industrie-Strategiepapier vorgelegt, das den Wirtschafts-Schlamassel am Standort Deutschland schonungslos schildert.

1. Die aktuell hohen Strompreise sind Existenzbedrohung für Deutschland. Es droht eine Erosion der deutschen Grundstoffindustrie und damit der Wegfall integrierter Wertschöpfungsketten.

2. Es drohen Produktionsrückgänge oder sogar die **Abwanderung** strukturell wettbewerbsfähiger Unternehmen aus Deutschland, insbesondere in den Grundstoffindustrien.

3. Habeck selbst sagte bei der Vorstellung des Papiers laut „Bild“-Zeitung: **„Wir verlieren die Industrie und damit nicht nur Arbeitgeber und Branchen, sondern einen maßgeblichen Teil des Wohlstands.“**

https://www.focus.de/politik/deutschland/existenzbedrohend-3-saetze-aus-habecks-neuer-strategie-zeigen-deutschlands-grosses-schlamassel_id_233770489.html

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Ist dies ein Eingeständnis von verfehlter Wirtschaftspolitik? Hat nicht letztlich auch die katastrophale Energiepolitik den Unternehmen das Wasser abgegraben und vor allem mittelständische - und Kleinunternehmen durch die hohen Versorgungskosten in die Insolvenz getrieben und die Menschen vielfach in die Armut getrieben? Wo sind denn die notwendigen Korrekturen? Sicherlich nicht das unsägliche Energie-Wende-Gesetz!

Wir befinden uns eindeutig im Sinkflug in allen Bereichen. Die Bürger begreifen das langsam, sind aber noch im Modus „der Staat wird's schon richten“. Nein, es wird Zeit selbst aktiv zu werden, zu handeln, indem wir unsere Souveränität erkennen und diese politische Fehlentwicklung durch direkte demokratische Politik ersetzen. Das werden wir nicht nur durch Wahlen verändern, sondern auch durch aktive Mitbestimmung, Stichwort „Volksentscheide“. **Bestehen wir auf unsere Souveränität und Entscheidungsfreiheit.**

Stand der Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht

Die Hauptbeschwerdeführer haben bis jetzt vom Bundesverfassungsgericht nur ein Aktenzeichen bekommen. Einige Einreicher haben aber schon einen Bescheid erhalten, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Verfassungsbeschwerde könnte nicht angenommen werden (konjunktiv in einem Bescheid?) Will man da möglicherweise vor Beschwerdefluten vorbeugen?

Wir haben auf jeden Fall schon auf diese Bescheide eine entsprechende Antwort verfasst. Falls Sie vom Gericht solch einen Bescheid erhalten haben, bitte melden Sie sich unter kontakt@gemeinwohl-lobby.de. Wir senden Ihnen die Antwort zu, die Sie dann beim Gericht einreichen können.

Wenn Sie die Verfassungsbeschwerde mittragen möchten, können Sie es unter Ihrem eigenen Namen beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Alle Infos zur Einreichung der Verfassungsbeschwerde finden Sie unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen!

Werben Sie auch für unsere Abstimmungsaktion für Volksentscheide!

Bitte beteiligen sie sich an unserer Abstimmungsaktion für Volksentscheide. Die Abgeordneten müssen in die Pflicht genommen werden, ein Ausführungsgesetz, wie hier vorgeschlagen, zu verabschieden und den Weg nach Art 20(2) Grundgesetz freimachen.

Jeder kann jetzt auch online abstimmen – bitte weitersagen! Bestimmen Sie, welches Ausführungsgesetz dem Bundestag vorgelegt wird.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren oder abtippen!



Hallo Sabine

Der Souverän hat das Recht und die Pflicht mitzuentcheiden!

Die ersten Zahlen zu unserer Aktion „Volksentscheide auf Bundesebene“

Heute veröffentlichen wir nun das erste Zwischenergebnis vom 3.11.2023 der Wahlen zu den Ausführungsgesetzen für die Volksabstimmung. **666** Leute haben bis jetzt online und **1471** schriftlich zu einem Ausführungsgesetz für Volksgesetzgebung auf Bundesebene abgestimmt. Das sind insgesamt **2137** Leute, die bis jetzt abgestimmt haben. Wir bedanken uns bei allen, die schon abgestimmt haben. Da es jetzt auch schon die Möglichkeit gibt, online abzustimmen, bitte verbreiten Sie die Aktion. **Wir müssen noch viel-viel mehr werden!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Nicht vergessen! Die selbsternannte Elite arbeitet systematisch und mit Ausdauer für das Erlangen der Macht über alles. Wenn wir uns nicht mindestens genauso **hartnäckig** für unser Selbstbestimmungsrecht einsetzen, sollen wir uns nicht wundern, wenn wir überall über den Tisch gezogen werden.

Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht

Reichen Sie selbst auch die Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht unter Ihrem eigenen Namen beim Bundesverfassungsgericht ein. Alle Infos zur Einreichung der Verfassungsbeschwerde finden Sie unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Strafanzeige

Erinnern wir uns daran, dass uns die Generalbundesanwaltschaft zu unserer Strafanzeige eine recht umfangreiche Antwort zukommen ließ, gespickt mit Hinweisen aus dem Paragraphen-Dschungel. Auch wenn wir dazu keinen weiteren Einspruch einlegen konnten, hat ein Mitglied der Gemeinwohl-Lobby sich die Mühe gemacht und eine Beschwerde formuliert, die wir nachfolgend zur Nachahmung auf die Webseite stellen. Sie kann also unter eigenem Namen eingereicht werden. **Man sollte nie aufgeben!**

<http://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Ergebnis zu den 7 Fragen an die Bundestagsabgeordneten

Unser Aktion "7 Fragen an die Bundestagsabgeordneten" ist beendet. In der Befragung ging es darum, zu klären, wie Abgeordnete zu den genannten Fragen stehen, ob sie persönlich oder in der Fraktion diese gesetzeswidrigen Themen überhaupt behandelt haben. Sicher, eine heikle Aufgabe und dementsprechend waren auch die Antworten. **Gesetzeswidrigkeiten durch politische Entscheidungen werden von den Abgeordneten meistens gar nicht wahrgenommen.** Leider und das wollten wir auch erfahren, ist die Bereitschaft der Abgeordneten auf Fragen des Souveräns deshalb mit gerade mal 2,7 %, die antworteten, nicht wirklich überraschend ausgefallen. Wir haben das gewusst, aber jetzt haben wir es auch schwarz auf weiß. Das Ergebnis, siehe Link:

<https://gemeinwohl-lobby.de/aktion-7-fragen-an-die-bundestags-abgeordneten/>

Sollte der Link nicht funktionieren, bitte direkt in die Browserleiste kopieren

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein
<https://gemeinwohl-lobby.de/>



Hallo Sabine

Schützen wir unsere Daseinsvorsorge gegen die Gier der Konzerne!

Das öffentliche Vermögen in Deutschland schmilzt wie Butter in der Sonne

Der Investitionsstau in der Daseinsvorsorge hat ein gewaltiges Ausmaß erreicht. In Deutschland beträgt er mindestens **1,4 Billionen Euro**. Um diesen Stau abzubauen, werden **70 Milliarden Euro** pro Jahr benötigt. Vieles funktioniert nicht mehr oder fehlt wie die bereits geschlossenen Kliniken.

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/Marode-Infrastruktur-Deutschland-broeckelt,extra21932.html

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Nur notwendige Reparaturen von Schäden wurden Jahre lang durchgeführt, aber Wartungen und Instandhaltungen fanden kaum statt. Bundesweit sind z. B. **16.000 Brücken** in kritischem Zustand und müssten dringend sofort saniert werden, damit die Lieferketten mit der Zeit nicht zusammenbrechen.

<https://www.swr.de/wissen/zeitbombe-bruecken-102.html>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Krankenhäuser, Schienen, Straßen, Brücken, Strom und Telekommunikationsnetze, Schulen gehen kaputt, weil für ihren Erhalt nicht mehr investiert wird. Gleichzeitig privatisieren Bund, Länder und Kommunen seit Jahrzehnten, was sie nur können. Manche Privatisierung konnte zwar verhindert werden, aber insgesamt ist das öffentliche Vermögen in Deutschland wie Butter in der Sonne geschmolzen. Und jetzt heißt es wieder: Krankenhäuser schließen, Schulgebäude privatisieren, Teile der Bahn verkaufen, weil angeblich das Geld fehlt. Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders: **Ein paar Dutzend Milliardäre haben in den letzten Jahren ihr Vermögen mehr als verdoppelt.**

Wir alle wollen Veränderungen

Im Fokus stehen heute nur noch betriebswirtschaftliche Kennzahlen: Produktivität, Rentabilität und Effizienz. Der Mensch ist nur noch Kostenfaktor oder Bilanzposten. **Wir sind jedoch weder Handelsware noch Spekulationsobjekt.** Welcher Hahn muss noch zugekehrt werden, damit wir tätig werden?

Wir alle wollen Veränderungen, aber die von uns ersehnten Veränderungen werden sich nicht von alleine vollziehen. Niemand darf sich darauf verlassen, dass einige wenige Akteure es richten werden. **Wir selbst müssen ins Handeln kommen!** Wir alle müssen uns mit den uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln dem fortschreitenden Zerfall unserer Daseinsvorsorge entgegenstellen, bevor es zu spät ist. **Wir sind berechtigt, nein, sogar verpflichtet, unsere Gesellschaft selbst zu gestalten.**

Helfen Sie an dieser Gestaltung mit und beteiligen Sie sich an den nachfolgenden Aktionen:

1. Reichen Sie die Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht selbst unter Ihrem eigenen Namen beim Bundesverfassungsgericht ein. Eine Verfassungsbeschwerde ist kostenlos. Alle Infos zur Einreichung der Verfassungsbeschwerde finden Sie unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

2. Nehmen Sie an unserer Abstimmung zu Volksentscheiden auf Bundesebene teil. Sie ist nun auch endlich ONLINE möglich. Das macht es für Sie und uns leichter. Natürlich ist der postalische Weg weiter möglich Bitte verbreiten Sie diesen Link

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Mit herzlichen Grüßen
Team GemeinWohl-Lobby und
Marianne Grimmenstein
<https://gemeinwohl-lobby.de>



Hallo Sabine

Unsere Entscheidungsfreiheit ist in höchster Gefahr!

Werkzeuge der selbsternannten Eliten

Durch die folgenden Organisationen versuchen die selbsternannten Eliten die Weltbevölkerung zu beherrschen: Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltwirtschaftsforum (WEF), United States Federal Reserve System, Weltgesundheitsorganisation (WHO), Vereinte Nationen (UN), Rat für auswärtige Beziehungen (Council on Foreign Relations/US-Denkfabrik), Agenda 2030 der UN, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ mit Sitz in Basel).

Ihr Durchsetzungsmittel ist die Manipulation der Massen. Dazu benutzen sie vor allem Desinformation. Damit schafft man hervorragend die Desorientierung, Zersplitterung und Verängstigung der Menschen. So bauen sie ganz sanft und unbemerkt ihr diktatorisches Herrschaftssystem aus. Zu ihren Bestrebungen erhalten sie auch von der NATO tatkräftige Unterstützung. Der renommierte Propaganda-Forscher Dr. Jonas Tögel beschreibt in seinem neuen Buch **"Kognitive Kriegsführung"**, wie die NATO die Bevölkerung gezielt psychologisch manipuliert. **Hierbei kommen sogenannte "Soft Power"-Techniken zum Einsatz.** Was bedeutet "kognitive Kriegsführung"? Wie kann man sich schützen? All das und vieles mehr können Sie in dem folgenden Interview mit Dr. Tögel erfahren:

https://www.youtube.com/watch?v=U_pU8pQI3qU

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Was kommt auf uns zu

Wollen WIR die Vermarktung unserer Daten an Konzerne durch die EU oder WHO, Biowaffenforschung, Schädigung der Kinder und Alten, Grundrechtseingriffe, Zensurmaßnahmen durch die WHO und EU, Übertragung der Entscheidungsmacht an die WHO und **den Verlust der Souveränität Deutschlands? Das sind keine rosigen Aussichten für die Zukunft.**

Unsere Antwort: Verfassungsbeschwerde für das Selbstbestimmungsrecht einreichen!

Es geht darum, dem Bundesverfassungsgericht mit vielen Einreichungen der Verfassungsbeschwerde zu zeigen, dass Souveränität für viele Bürger kein Fremdwort ist, sondern gelebte Demokratie und Erfüllung unseres Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1987, noch vor der Wiedervereinigung, in seiner sogenannten Teso-Entscheidung festgelegt, dass das deutsche Volk Träger des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts ist. Ein Selbstbestimmungsrecht ist jedoch nur dann existent, wenn das Volk es **jederzeit** ausüben kann, denn **„die Menschen dieses Landes sind keine Untertanen“** (Hans-Jürgen Papier, Ex-Bundesverfassungsgerichtspräsident). Alle Infos zur Einreichung der Verfassungsbeschwerde finden Sie unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Die Stimme erheben

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift auch die Petition gegen die „Gain-of-function“-Forschung (Viren aus dem Labor). Sichere Labore gibt es nicht. **Diese Forschung an Krankheitserregern hat das Potenzial der Auslöschung eines großen Teils der Weltbevölkerung.** Hier können Sie die Petition unterschreiben: <https://innn.it/viren>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Volksentscheide sind längst überfällig

Wir, die Bürger, sollen überall mitentscheiden können. Unsere Entscheidungsträger werden ständig beeinflusst. Nicht die Wirtschafts-Lobby, sondern das Volk soll bestimmen, in welche Richtung wir gehen. Deshalb nehmen Sie an unserer **Abstimmungsaktion zu Volksentscheiden** auf Bundesebene teil. Sie bestimmen, welches Ausführungsgesetz dem Bundestag vorgelegt wird.

Für alle, die noch nicht abgestimmt haben: Wir machen es Ihnen nun auch leichter, Sie können direkt und bequem **die Wahl online durchführen.**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Falls der Link nicht funktionieren sollte, bitte direkt in die Browserleiste kopieren.

Mit herzlichen Grüßen
Team GemeinWohl-Lobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Die Politik versagt, wir müssen handeln!

Die Maschinerie läuft mit voller Wucht

Mitten in Deutschland bereiten sich die selbsternannten Eliten für die neue Zeit der Machtübernahme der WHO vor. Deutschland erhöht gerade deshalb seine finanzielle Unterstützung der WHO um 40 Millionen Euro und auch die Vereinbarung zu dem – beim RKI in Berlin angesiedelten – Pandemie Hub (globales Überwachungssystem) wurde kürzlich unterzeichnet.

<https://www.who.int/news/item/28-09-2023-top-donor-germany-signs-major-contribution-to-who-for-health-emergencies--signs-host-agreement-for-who-pandemic-hub>

Wenn wir alles weiter hinnehmen, werden die Ereignisse uns überrollen. Möchten Sie so leben, wie Hühner im Käfig? Also: AUFKLÄREN und HANDELN! Was können wir tun?

1. Verfassungsbeschwerde gegen die Verweigerung unseres Selbstbestimmungsrechts

Zahlreiche Umfragen bestätigen, dass der größte Teil der Bevölkerung in unserem Land in allen wichtigen Fragen (z. B. WHO-Verträge, Handelsverträge, Energiefragen, Umwelt- und Bildungsprobleme, Gesundheitsversorgung, Rüstungsexporte usw.) endlich ein Mitspracherecht erhalten möchte. Das wird uns bis heute verweigert. Damit WIR in unserem Land endlich diskutieren und frei darüber entscheiden können, wie WIR miteinander leben möchten und in allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen mitbestimmen können, ist es notwendig, dass viele Bürger eine Verfassungsbeschwerde (s. Vorlage im Link unten) für diesen Zweck erheben. Das ist unser Recht, aber auch unsere Verantwortung für unsere Gesellschaft. Reichen Sie diese Verfassungsbeschwerde für unser Selbstbestimmungsrecht selbst unter eigenem Namen ein. Wir müssen zahlreich werden, um unser Selbstbestimmungsrecht zu erlangen.

Zur Einreichung haben Sie zwei Möglichkeiten: PDF- oder als Word-Datei. Beide Versionen muss man mit eigenen Angaben und Datum ergänzen. Beide Vorlagen finden Sie unter:

<https://gemeinwohl-lobby.de/artikel-146-gg/>

2. Petition: Stoppt die gefährliche Laborforschung!

In zahlreichen Laboren findet eine sogenannte "Gain-of-function"-Forschung (Viren aus dem Labor) statt. Diese Forschung an Krankheitserregern hat das Potential der Auslöschung großer Teile der Weltbevölkerung. Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Forderung der Petition "Stoppt die gefährliche Laborforschung!". Zwingen wir die Politiker dazu, dass sie sich öffentlich bei allen Gremien für die Schließung dieser Labore einsetzen.

Hier können Sie die Petition unterschreiben: <https://innn.it/viren>

3. Volksentscheide stehen uns längst zu

Durch Volksentscheide können wir die Politiker kontrollieren. Gerade auf Bundesebene, wo die wichtigsten Entscheidungen fallen, brauchen wir dringend die uns nach Grundgesetz zustehende Volksgesetzgebung, damit wir politische Entscheidungen mitbestimmen, bzw. selbst Initiativen einbringen können. Deshalb nehmen Sie an unserer Abstimmungsaktion zu Volksentscheiden auf Bundesebene teil. Sie bestimmen, welches Ausführungsgesetz dem Bundestag vorgelegt wird.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Neues Gemeinwohl Interview

Wir möchten Sie auf unser neues Interview mit Walter van Rossum hinweisen; das Thema „Alternativen in Medien und Recht“

Youtube: <https://youtu.be/ieCTsquHUKk>

Rumble: <https://rumble.com/v3os1sp-interview-mit-walter-van-rossum.html>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Endlich das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen!

Verfassungsbeschwerde für das Selbstbestimmungsrecht

In dem letzten Newsletter haben wir erwähnt, dass das Bundesverfassungsgericht sich durch die zahlreichen Verfassungsbeschwerden zu den WHO-Verträgen äußern musste. Jetzt brauchen wir ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich unseres Selbstbestimmungsrechts nach dem Grundgesetz.

Ohne Unterschrift ist die Verfassungsbeschwerde ungültig und Online-Sendung wird nicht akzeptiert.

Wir haben auch schon darüber berichtet, dass Friedemann Willemer, Rechtsanwalt aus Zittau, mit 37 Bürgern am 13. September beim Bundesverfassungsgericht schon eine Verfassungsbeschwerde zu dieser Sache erhoben hat. **Eine** Verfassungsbeschwerde ist jedoch zu wenig, um **ein Grundsatzurteil** von dem Bundesverfassungsgericht in dieser wichtigen Angelegenheit zu erhalten. **Das schaffen wir wieder nur dann, wenn ganz-ganz viele Menschen dazu eine Verfassungsbeschwerde einreichen.**

Zur Einreichung haben Sie zwei Möglichkeiten: PDF- oder als Word-Datei. Beide Versionen, s. nachfolgende Links. Je nach Datei-Auswahl tragen Sie Name, Adresse, Datum und unter dem Titel „Verfassungsbeschwerde“ nochmals den Namen und Adresse in die vorgezeichneten Stellen ein. Danach das Dokument speichern, ausdrucken, letzte Seite unterschreiben und bitte per Post nach Karlsruhe schicken. **Ohne Unterschrift ist die Verfassungsbeschwerde ungültig und Online-Sendung wird nicht akzeptiert.**

1. PDF-Datei

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/10/Verfassungsbeschwerde-Selbstbestimmungsrecht.pdf>

2. WORD-Datei

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/10/Verfassungsbeschwerde-Selbstbestimmungsrecht-3.docx>

Unterstützen Sie und auch verbreiten Sie diese Aktion!

Nochmals „Missbrauch der Wahlstimmen stoppen!“

Auch die Aktion „Missbrauch der Wahlstimmen stoppen!“ setzen wir fort. Inzwischen haben einige schon ein Antwortschreiben vom Bundespräsidialamt erhalten. Wenn Sie so ein Schreiben erhalten haben, können Sie es mit nachfolgender Antwort erwidern und erneut an den Bundespräsidenten per Post schicken. Wir sollten ihn an seine Pflichten erinnern. Hier können Sie die Erwidernung als PDF oder WORD runter laden:

PDF-Datei

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/10/Wahlstimme-Antwort.pdf>

WORD-Datei

<https://gemeinwohl-lobby.de/wp-content/uploads/2023/10/Wahlstimme-Antwort.docx>

Volksentscheide

Wir dürfen unsere Bemühungen für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene nicht vernachlässigen. Dies steht uns nach Art. 20 (2) des GG zu. Mit den Volksentscheiden können wir die zahlreichen Fehlentwicklungen minimieren. Deshalb nehmen Sie an unserer Abstimmungsaktion zu Volksentscheiden auf Bundesebene teil. Wir haben vier Ausführungsgesetz-Vorschläge zur Auswahl. Volksentscheide ohne Ausführungsgesetz können nicht funktionieren.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Erste Erfolge zu verzeichnen!

Verfassungsbeschwerde WHO-Verträge

Ganz herzlichen Dank für alle Teilnehmer, die an der Verfassungsbeschwerde-Aktion gegen die WHO-Verträge teilgenommen haben. **Mehr als 1600 Leute haben daran teilgenommen und wir haben doch etwas erreicht.** Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli ohne jegliche Begründung die Verfassungsbeschwerde von Marianne Grimmerstein und Uwe Kranz abgelehnt. Da mehr als 1600 Leute die gleiche Verfassungsbeschwerde eingereicht haben, wurde auf das Verfassungsgericht doch etwas Druck ausgeübt.

Am 27. September hat das Bundesverfassungsgericht plötzlich eine ausführliche Pressemitteilung zu den WHO-Verfassungsbeschwerden veröffentlicht. In der Pressemitteilung versucht das Verfassungsgericht, seine Ablehnung damit zu rechtfertigen, dass noch kein Zustimmungsgesetz zu dem Pandemievertrag und den Internationalen Gesundheitsvorschriften existiere. Bundestag und Bundesrat müssen sich noch nicht damit befassen. Das Gericht erwähnt jedoch mit keinem Wort, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften gar kein Zustimmungsgesetz brauchen und so vom Bundestag gar nicht mehr behandelt werden. **Auf jeden Fall ist die Pressemitteilung ein Riesenerfolg.** Das Bundesverfassungsgericht musste offiziell zugeben, dass über solche Verträge verhandelt wird und diese Verträge nicht ganz Ordnung sein könnten. Das trägt zu unserer Aufklärungskampagne enorm bei. Hier ist die Pressemitteilung des Gerichts:

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/byg23-083.html>

WHO-Infotag am 7. 10.

In Deutschland beteiligen sich mehrere Städte, u. a. Berlin, Bayreuth, Fürth, Güstrow, Lüdenscheid, München, Neu Brandenburg, Neustadt a. d. Weinstraße, Nürnberg, Regensburg, Ribnitz-Damgarten, Rostock, Stuttgart, Weinheim a. d. Weinstraße, Wismar. Die Bodensee Friedenskette in Konstanz und Überlingen am 1.10. befasst sich schon eine Woche früher usw., mit verschiedenen Veranstaltungen am Informationstag. Auf unserer Homepage können Sie unter dem Menüpunkt WHO nachschauen, wo was stattfindet.

<https://gemeinwohl-lobby.de/category/who/>

Aktion Wahlstimme

Mehrere Absender der Aktion Wahlstimme haben schon eine Antwort wegen des Zurückziehens ihrer Wahlstimme erhalten. Auch der Bundespräsident versucht, jede Verantwortung von sich zu weisen. Er wagt nicht die Verfassungswidrigkeiten zu leugnen, **das ist auch ein Riesenerfolg. Hier heißt es auch: auf jeden Fall weitermachen!** Wir werden die Antwort des Bundespräsidenten noch erwidern und bereiten schon die nächste Aktion mit der Wahlstimme und auch mit dem Bundesverfassungsgericht vor. Wer die Wahlstimme noch nicht zurückgezogen hat, sollte auf jeden Fall tun. Die Erwidern kommt in dem nächsten Newsletter für alle, die schon die Antwort des Bundespräsidenten erhalten haben.

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

In einer wahren Demokratie gibt es auch Volksentscheide

Volksentscheide bedeuten auch Kontrolle über die Entscheidungsträger. Das fehlt bei uns. Deshalb nehmen Sie an unserer Abstimmungsaktion zu Volksentscheiden auf Bundesebene teil. Volksentscheide ohne Ausführungsgesetz können nicht funktionieren.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmerstein



Hallo Sabine

Informieren, Nachdenken und Handeln!

Internationaler WHO-Infotag entwickelt sich

Immmer mehr Städte, auch in Deutschland, beteiligen sich an dem internationalen WHO-Infotag am 7. Oktober. Wir werden im nächsten Newsletter bekannt geben, welche Städte mitmachen. Bis jetzt sieht es so aus, dass es Informationsstände/Kundgebungen in den folgenden Ländern geben wird: Argentinien, Brasilien, Belgien, Chile, Deutschland, Griechenland, Israel, Italien, Niederlande, Portugal, Spanien, Schweiz, Großbritannien, USA. Wenn Sie aktiv werden wollen, melden Sie sich bei kontakt@gemeinwohl-lobby.de.

Volksentscheide sind das wichtigste Instrument der Demokratie!

Wir könnten damit die Fehlentwicklungen schneller stoppen. **Demokratie kann nur durch eine aktive und kritische Bevölkerung funktionieren.** Mit Volksabstimmungen läßt sich vieles regeln:

- Herstellung der maximalen Volkssouveränität
- Unterbindung von Lobbyismus und Korruption
- Förderung einer fairen und allseitigen Information
- Eindämmung der Gesetzesflut und sinnloser Bürokratie
- Ermöglichung der Revision getroffener Parlamentsentscheidungen
- Konformität mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten
- Gewährleistung der weiteren notwendigen Gewaltentrennung und deren Kontrolle

Das macht wahre Demokratie aus! Nehmen Sie an der Abstimmung teil und verbreiten Sie den Link.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Neue OXFAM-Studie!

Die Reichen werden immer reicher. Seit Beginn der Maßnahmen zur Corona-Pandemie hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund **zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses** kassiert. Gleichzeitig leben 1,7 Milliarden Arbeitnehmer in Ländern, in denen Lebenshaltungskosten schneller steigen als die Löhne.

Erstmal seit 25 Jahren haben extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zugenommen. **„Survival of the Richest“** (Überleben der Reichsten) heißt die neue Studie von OXFAM (Nothilfe- und Entwicklungsorganisation). Die Studie zeigt: Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Lebensmittel und Energie bezahlen sollen, sorgt das Wirtschaftssystem für gigantische Vermögenszuwächse für Milliardäre, internationale Konzerne und Stiftungen. Seit 2020 gingen 26 Billionen US-Dollar (63 Prozent) der gesamten Vermögenszuwächse in Höhe von 42 Billionen US-Dollar an das reichste Prozent der Weltbevölkerung, während 99 Prozent sich den Rest teilen.

Wie sieht es in Deutschland aus? Von dem gesamten Vermögenszuwachs, der zwischen 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschaftet wurde, gingen **81 Prozent** an das reichste Prozent, während die restlichen **99 Prozent** der Bevölkerung nur **19 Prozent** des Vermögenszuwachses erhielten. Nach Angaben der Weltbank erleben wir die wohl größte Zunahme der weltweiten Ungleichheit und Armut seit dem Zweiten Weltkrieg.

<https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621477/bp-survival-of-the-richest-160123-en.pdf>

Um diese Entwicklung zu stoppen, sieht auch Oxfam die Besteuerung der Vermögenden vor. Tatsächlich müssen wir auch den Regelkreis der Umverteilung stoppen. Die Gesellschaft muss ihre Ansprüche durchsetzen können, dafür brauchen wir die direkte Demokratie, Volksentscheide und die Volksgesetzgebung.

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Wann reißt Ihr Geduldsfaden!

WHO-Infotag und Petition gegen den Pandemievertrag

Wir weisen nochmals darauf hin, dass am **7. Oktober 2023** ein internationaler **WHO-Infotag** zu den vorbereiteten Verträgen (Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und Pandemievertrag) stattfindet, woran sich schon mehrere Länder beteiligen. Bitte überlegen Sie sich, ob Sie auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde einen Informationsstand oder in einer anderen Form eine Veranstaltung machen können. Informationsmaterial zu der Veranstaltung können Sie von unserer Webseite herunterladen.

<https://gemeinwohl-lobby.de/category/who/>

Die Zeit brennt! Wer etwas organisieren kann, sollte sich an kontakt@gemeinwohl-lobby.de melden. **Setzen Sie sich für unsere Demokratie ein!** Deshalb bitten wir Sie die Petition „Pandemievertrag: Stoppt den verzweifelten Vorstoß der UN“ **unbedingt** zu unterschreiben.

Schließen Sie sich an und unterzeichnen Sie, um Antje Leendertse, die Ständige Vertreterin Deutschlands bei den Vereinten Nationen, aufzufordern, sich bei der 78. UN-Generalversammlung in New York gegen die Machtergreifung der WHO auszusprechen.

<https://citizengp.org/de/ot/211871-pandemievertrag-stoppt-den-verzweifelten-vorstoss-der-un>

Welche Fehlentwicklungen sind in Anmarsch

Mit den angestrebten WHO-Verträgen (Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und Pandemievertrag) sieht unsere Zukunft so aus:

1. Medikations- und Impfpflicht
2. Digitales Gesundheitszertifikat als Bedingung für alle Bewegungen (Einkäufe, Besuche, Urlaubsreisen etc.)
3. Einschränkung der Lebensmittelwahlfreiheit
4. Zwangsschlachtungen zur Einschränkung der Tierhaltung (einschließlich Haustiere)
5. Durchsetzung der Maßnahmen durch Digitale Überwachung und Zensur

Rechtsstaatliche Sicherheit wird abgeschafft! Es gibt kein Gericht, wo wir z. B. unsere gesundheitlichen Schäden einklagen können. Es gibt auch keine Verantwortlichen mehr, die wir zur Rechenschaft ziehen können. Da wir schnellstens aktiv handeln müssen, geben wir Ihnen dazu einige Vorschläge.

So können wir aktiv werden

1. Warten Sie nicht darauf, dass die Anderen für Sie aktiv werden. Zum Aktivwerden braucht man keinen Leithammel, aber Mut, Zivilcourage, Energie und nicht zuletzt ganz viel **HERZ**.
2. Bei Wahlen wählen Sie nur mit Verstand! Den Parteien, die Ihre Stimme zur Verwirklichung von Gesetzeswidrigkeiten und Schädigung des Gemeinwohls benutzt haben, geben Sie Ihre Stimme nicht. Geben Sie Chance den kleineren Parteien eine Chance.
3. Suchen Sie nach Initiativen, die die gleichen Fehlentwicklungen verfolgen, die Sie auch beheben wollen. Versuchen Sie, von diesen Gruppen Infomaterial zu erhalten!
4. Melden Sie eine Versammlung bei der örtlichen Polizei an, um die Bürger über die Fehlentwicklung zu informieren und für ihre Behebung zu mobilisieren. Dazu brauchen Sie nur noch eine Person, die Ihnen mithilft. Für die Versammlungen zahlt man keine Gebühren.

Volksentscheide brauchen wir!

Wir brauchen dringend auch die Volksgesetzgebung auf Bundesebene, damit wir die Fehlentwicklungen schneller stoppen können. **Demokratie ist mehr als Wählen. Demokratie ist aktiv sein.** Nehmen Sie an der Abstimmung teil und verbreiten Sie den Link.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Ohne Aktivsein läuft nichts mehr!

Am 7. Oktober 2023 findet ein Aufklärungstag zu den laufenden WHO-Vertragsverhandlungen (*Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften und Pandemievertrag*) statt, woran sich schon mehrere Länder beteiligen. Es wäre gut, wenn auch in Deutschland in mehreren Städten dazu Aktionen stattfinden würden. **Wir müssen nicht nur die Bürger, sondern auch die Unternehmer und Landwirte darüber aufklären**, was auf sie zukommt, wenn diese Verträge verabschiedet werden. Wir haben speziell für Unternehmer und auch für Landwirte jeweils ein Extrainformationsblatt zusammengestellt. Sie finden die Informationsblätter unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/category/who/>

Bitte versuchen Sie, diese Informationsblätter unter Unternehmern und Landwirten zu verbreiten. Wenn Sie eine Aktionsidee haben oder eine Aktion für den 7. Oktober in Angriff nehmen wollen, bitte benachrichtigen Sie uns an kontakt@gemeinwohl-lobby.de. Für Nürnberg wird schon etwas organisiert. Wer hier mithelfen kann, sollte sich bei uns melden.

Die Abgeordnetenbefragung ist angelaufen. Zurzeit sieht es so aus, dass fast alle Bundestagsabgeordneten die sieben Fragen per E-Mail erhalten haben. Wir notieren selbstverständlich alle Antworten, die uns weitergeleitet werden. Bis jetzt haben sich Abgeordnete jedoch nur vereinzelt die Mühe gemacht, auf die Fragen zu reagieren.

Es ist für uns extrem wichtig zu prüfen, welche Abgeordneten sich für das Gemeinwohl überhaupt einsetzen. **Dazu sollte jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis möglichst persönlich mit den sieben Fragen konfrontiert werden.** Man sollte das Wahlkreisbüro des örtlichen Abgeordneten anrufen und nach seiner Sprechstunde fragen und sich einen Termin geben lassen. Sie können den Gesprächstermin bei dem Abgeordneten möglichst zu zweit oder zu dritt wahrnehmen und dies auch im Voraus so angeben. Bitte jeden Gesprächstermin mit dem Namen des Abgeordneten und auch das Ergebnis des Gesprächs an kontakt@gemeinwohl-lobby.de melden. Wenn Sie keinen Gesprächstermin bekommen, wäre es wichtig, dass die Abgeordneten die sieben Fragen als Ihre persönlichen Fragen in ihrem Wahlkreisbüro in Papierform erhalten würden. Bitte bestehen Sie auf eine schriftliche Antwort. Die Anfrage an die Abgeordneten finden Sie unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Wir werben unverändert für die Abstimmung zur Volksgesetzgebung auf Bundesebene. **Demokratie ist mehr als Wählen.** Demokratie heißt Menschen an Entscheidungen zu beteiligen. Das geht nur mit Volksgesetzgebung, die wir leider nicht als Geschenk ohne Mühe erhalten. Nehmen Sie an der Abstimmung teil und verbreiten Sie den Link.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Umfrage-Desaster für Scholz und die Ampel

Zwei Drittel der Deutschen wollen Regierungswechsel. Eine aktuelle INSA-Umfrage für BILD am 17. und 18.8. ergab: 64 Prozent finden, Deutschland würde ein Regierungswechsel guttun. Nicht einmal jeder Vierte (nur 22 Prozent) möchte die Ampel behalten. In der aktuellen Umfrage ist Bundeskanzler Olaf Scholz besonders unbeliebt. Mit seiner Arbeit sind 70 Prozent der Befragten aktuell unzufrieden.

<https://www.bild.de/politik/inland/politik/umfrage-desaster-fuer-scholz-und-die-ampel-zwei-drittel-wollen-eine-neue-regieru-85094>

Die Deutschen nehmen Scholz seine Führungsrolle nicht mehr ab, die er für sich selbst beansprucht. Nach einer ganz neuen Forsa-Umfrage halten 63 Prozent Olaf Scholz für führungsschwach. Scholz verdrängt die Probleme und das kann uns allen sehr teuer werden (z. B. die ungelöste Energieversorgung). Der Sozialstaat lässt sich auf Dauer mit immer mehr Insolvenzen und Abwanderungen nicht finanzieren.

https://www.focus.de/politik/deutschland/analyse-von-ulrich-reitz-auf-die-einzig-richtige-frage-antwortet-olaf-scholz-wie-ein-typischer-scholz_id_201738105.html?utm_source=headtopics&utm_medium=news&utm_campaign=2023-08-17

Wegen dieser Entwicklungen haben wir letzte Woche unsere Abgeordnetenumfrage gestartet. **Es ist an der Zeit, dass wir mit Verstand wählen.** Mehrere haben schon die Umfrage mitgemacht. „Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst“, schrieb Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen. Ihre Aufgabe ist nur an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Darauf sollen wir auch bestehen.

Jeder gewählte Abgeordnete egal, von welcher Partei er kommt, ist nach dem Grundgesetz Vertreter des ganzen Volkes und als Teil der Legislative (Gesetzgebung) an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden. Das Volk ist der Souverän und deshalb ist es auch der eigentliche Arbeitgeber. Wir finanzieren unsere Abgeordneten mit unserem Steuergeld. Deshalb können wir auch verlangen, dass sie nur unsere Interessen vertreten und nicht die Interessen von verschiedenen NGO's oder Konzernen.

Nehmen Sie bitte an dieser Aktion teil und schreiben Sie den oder die Abgeordneten Ihres Wahlkreises an. **Jeder dieser Abgeordneten sollte die sieben Fragen per Email oder per Post mindestens einmal erhalten.** Wer die Anfrage als E-Mail sendet, bitte den Text nicht als Anhang senden, sondern direkt in die E-Mail kopieren. Anhänge werden nicht geöffnet. Man kann die Anfrage auch in Papierform im Wahlkreisbüro abgeben.

Hinweis dazu: Für die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen sind bisher nur sehr wenige Abgeordnete angeschrieben worden. Deshalb bitte in diesen Ländern ihre Abgeordneten anschreiben

Melden Sie uns bitte per Email an kontakt@gemeinwohl-lobby.de, welche Abgeordnete Sie kontaktiert haben. Wir bitten auch die Antwort des/der Abgeordneten an uns weiterzuleiten. Falls der/die Abgeordnete innerhalb von vier Wochen nicht antwortet, sollte man ihm/ihr auf jeden Fall eine höfliche Erinnerung schicken. Die Ergebnisse dieser Umfrageaktion **werden wir sammeln** und dann auch veröffentlichen, damit jeder sich informieren kann, **welche Abgeordneten wirklich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.**

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Neben Wahlen stehen uns auch Abstimmungen (Art. 20-2 GG) zu. Dazu fehlt uns ein Ausführungsgesetz. Volksabstimmungen sind das wichtigste Regulativ der Bürger, Forderungen in das Parlament einzubringen. Da der Bundestag nicht gewillt ist ein Ausführungsgesetz zum Art 20-2 GG zu realisieren, werden wir den Abgeordneten auch diese Arbeit abnehmen und sie auffordern es umzusetzen. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil und **verbreiten Sie die Aktion mit diesem Link:**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie

Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von policy matters, die im Auftrag der Körber-Stiftung im Juni und Juli dieses Jahres durchgeführt und im August veröffentlicht wurde, zeigen eine kritische Bewertung der Demokratie, ihrer Institutionen und Akteure. Obwohl demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Meinungsfreiheit und faire Wahlen für über 90 Prozent der deutschen Bevölkerung von hoher Bedeutung sind, zeigt die Umfrage einen deutlichen Rückgang des Vertrauens in die deutsche Demokratie selbst. Das Vertrauen in die Parteien ist sogar auf Tiefpunkt gesunken. **Nur noch 9 Prozent der deutschen Bevölkerung hat Vertrauen in die Parteien.** Damit müssten die Alarmglocken läuten.

<https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/>

86 % wollen sogar in die Entscheidungen einbezogen werden. Demokratie ist mehr als Wählen. Demokratie heißt Menschen an Entscheidungen zu beteiligen, ihre Sichtweise einzubeziehen und ihre Ideen für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Deshalb haben wir kürzlich unsere Aktion an den Bundespräsidenten gestartet. Der Missbrauch mit unserer Wahlstimme soll beendet werden.

Wir müssen jedoch auch wissen, wen wir in der Zukunft unsere Wahlstimme anvertrauen können. Deshalb müssen wir prüfen, welche Abgeordneten auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Dazu starten wir eine Umfrage mit sieben Fragen an die Abgeordneten.

Nehmen Sie bitte an dieser Aktion teil und schreiben den Abgeordneten Ihres Wahlkreises an. **Jeder Abgeordnete sollte die sieben Fragen per Email oder per Post mindestens einmal erhalten.** Wer die Anfrage als Email sendet, bitte den Text nicht als Anhang senden, sondern direkt in die Email kopieren. Man kann die Anfrage auch in Papierform im Wahlkreisbüro abgeben.

Melden Sie uns bitte per Email an kontakt@gemeinwohl-lobby.de, welchen Abgeordneten Sie kontaktiert haben. Wir bitten auch die Antwort des Abgeordneten an uns weiterleiten. Falls der Abgeordnete innerhalb von vier Wochen nicht antwortet, sollte man ihm auf jeden Fall eine höfliche Erinnerung schicken. Die Ergebnisse dieser Umfrageaktion **werden wir sammeln** und dann auch veröffentlichen, damit jeder sich informieren kann, **welche Abgeordneten wirklich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.**

Zu dieser Aktion finden Sie eine Namens- und Adressenliste der Abgeordneten sortiert nach Bundesländern und die Anfrage mit den sieben Fragen als WORD-Datei und als PDF unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Die Aktion an den Bundespräsidenten wegen des Missbrauchs unserer Wahlstimme läuft unverändert weiter, damit wir einen Bundestag erhalten, der auf dem Boden des Grundgesetzes steht. **Die beiden Aktionen verbreiten Sie mit diesem Link:**

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Neben Wahlen stehen uns auch Abstimmungen (Art. 20-2 GG) zu. Dazu fehlt uns ein Ausführungsgesetz. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil und **verbreiten Sie die Aktion mit diesem Link:**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Der Raubzug der fragwürdigen Stiftungen

Eine Kleine Anfrage bezüglich der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit privaten Stiftungen wurde im Mai von Andrej Hunko, Cornelia Möhring, Dr. André Hahn und weiteren Abgeordneten und der Fraktion "DIE LINKE" gestellt. Die Antwort der Bundesregierung wurde am 27. Juni übermittelt. **Im Fragetext erörtern die Abgeordneten die zunehmende Rolle von privaten Stiftungen – insbesondere der Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF).** Sie konstatieren:

"Die Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen ist nicht unumstritten. Kritiker befürchten, dass durch die Einbindung von Stiftungen in staatliche Aufgabenbereiche die demokratische Willensbildung, Zielfestlegung und Kontrollmechanismen ausgehebelt werden und private Interessen eine zu große bis dominante Rolle spielen könnten. Eine gründliche Prüfung der Risiken und Nebenwirkungen der Aktivitäten philanthropischer Stiftungen wäre daher geboten. Die Bundesregierung sollte über aktuelle Partnerschaften transparent kommunizieren und diese anhand transparenter Kriterien evaluieren. Zukünftige Partnerschaften und Kooperationen sollten anhand klarer Regeln und Leitlinien geprüft und ausgestaltet werden."

Die Bundesregierung bezieht sich in ihrer Antwort u.a. auf die Agenda 2030, die die "wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Erreichung der internationalen Entwicklungsziele" ausdrücklich betone. Die Abgeordneten wollten zudem wissen, inwiefern die Bundesregierung "den wachsenden Einfluss privater Stiftungen auf die nationale wie globale öffentliche Willensbildung und Entscheidungsfindung kritisch" sieht, "auch und insbesondere unter Berücksichtigung und Wahrung westlicher Werte wie etwa der Demokratie". Sie fragten:

„Inwieweit setzt sich die Bundesregierung dafür ein, den Einfluss privater Stiftungen zurückzudrängen, insbesondere in multilateralen Organisationen, die weitreichende Entscheidungen für die globale Daseinsvorsorge fällen, wie etwa der Weltgesundheitsorganisation WHO, dem GFATM, der Impfstoffallianz GAVI, der Impfstoffentwicklungsagentur CEPI, etc.?"

Der Einfluss von Gates und Co. soll laut der Bundesregierung nicht reduziert werden: **„Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, den Einfluss privater Stiftungen generell zurückzudrängen“.** Die gesamte Beantwortung der Anfrage der Linken-Fraktion lesen Sie hier:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007512.pdf>

Das Hilfswerk "Misereor" hat schon im Jahr 2017 eine Analyse der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der Gates Foundation auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe publiziert. Auch diese Studie kommt auf das Ergebnis, dass diese Zusammenarbeit vor allem den Profitinteressen dient:

<https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-gestiftete-entwicklung.pdf>

Der fragwürdige Einfluss von Gates und anderen globalistischen Vertretern durch Stiftungen ist sicher nicht im Sinne der Bevölkerung. Die sogenannten Kooperationen im Zuge der Agenda 2030 bedeuten nicht nur eine Verschwendung von Steuergeldern in unfassbarem Ausmaß, sondern gefährden auch die Demokratie. **Die Bürger sind hier die klaren Verlierer, falls sie sich weiterhin nur einseitig informieren.**

Da unsere Wahlstimme missbraucht und laufend zur Verwirklichung von Grundgesetzwidrigkeiten benutzt wird, wird es höchste Zeit laut Bundespräsidenten Steinmeier, dass wir die zahlreichen Verletzungen des Grundgesetzes nicht mehr hinnehmen und zu ihrer Verwirklichung mit unserer Wahlstimme keine Beihilfe mehr leisten. **Deshalb teilen wir als wahlberechtigte Bürger dem Bundespräsidenten mit, dass wir unsere Wahlstimme zur letzten Bundestagswahl 2021 hiermit zurückziehen.** Wir verlangen gleichzeitig die **Neuwahl** des Bundestages, damit wir einen Bundestag und eine Bundesregierung erhalten, die unsere Wahlstimme nicht mehr missbrauchen und auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Hier können Sie an der Aktion teilnehmen und auch mit diesem Link können Sie dafür werben:

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Neben Wahlen stehen uns auch Abstimmungen (Art. 20-2 GG) zu. Dazu fehlt uns ein Ausführungsgesetz. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!** Zeigen wir, dass wir unsere Verantwortung als Souverän für das Gemeinwohl wahrnehmen.

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Im Rahmen unserer GWL-Interview-Serie möchten wir noch auf ein Interview mit Dr. Ulrich Gausmann hinweisen Thema: Revolution der Menschlichkeit (Wirtschaft und Finanzen neu gedacht) Der Link:

<https://youtu.be/rBmqxpINlcY>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und



Hallo Sabine

Missbrauch der Wahlstimmen stoppen!

Das kann nicht lange gut gehen. In einer im Juli veröffentlichten tiefenpsychologischen Studie und repräsentativen Befragung des Rheingold-Instituts für Marktforschung über den Seelenzustand der Deutschen zeigt sich deutlich: Zwei Drittel der Bevölkerung misstrauen der Regierung und ihrer Politik. Eine Zukunfts-Zuversicht scheint nur noch im Privaten möglich zu sein. „Die Erkenntnisse der Studie kann man als dramatisch bezeichnen. Eine tiefe Resignation gegenüber der Politik und unseren Zukunftsmöglichkeiten, wie sie sich hier zeigt, bedroht unser nationales Zusammenleben. Wir sehen zu, wie ein ganzes Land vor der Wirklichkeit in Deckung geht, während sich die Verantwortlichen in der Berliner Politik in klein-klein verheddern.“ sagte Paul J. Kohtes, Vorsitzender der Identity Foundation nach der Veröffentlichung der Studie. **Die meisten haben kaum noch Vertrauen in die Politik, denn diese bietet keine übergreifende Perspektive, die die Gestaltungskraft der Bevölkerung aktiviert.** Der ganze Artikel zu der Studie:

<https://www.rheingold-marktforschung.de/gesellschaft/deutschland-auf-der-flucht-vor-der-wirklichkeit/>

Bei einer Gedenkveranstaltung zum 75-jährigen Jahrestag des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee hat gerade der Bundespräsident in seiner Rede zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen: **„Wir alle haben es in der Hand, die Verächter unserer Demokratie in die Schranken zu weisen [...] Kein milderer Wähler kann sich auf mildernde Umstände herausreden, wenn er sehenden Auges politische Kräfte stärkt, die zur Verrohung unserer Gesellschaft und zur Aushöhlung der freiheitlichen Demokratie beitragen.“**

In diesem Sinne fangen wir unsere nächste Aktion an.

Unser Wahlstimme wird missbraucht und laufend zur Verwirklichung von Grundgesetzwidrigkeiten benutzt. Laut Bundespräsident Steinmeier wird es höchste Zeit, dass wir die zahlreichen Verletzungen des Grundgesetzes nicht mehr hinnehmen und zu ihrer Verwirklichung mit unserer Wahlstimme keine Beihilfe mehr leisten. In der Mitteilung an den Bundespräsidenten können Sie die vielen erfolgten Grundgesetzwidrigkeiten durch den Bundestag und die Bundesregierung ausführlich lesen. **Deshalb teilen wir, als wahlberechtigte Bürger, dem Bundespräsidenten mit, dass wir unsere Wahlstimme zur letzten Bundestagswahl 2021 hiermit zurückziehen. Gleichzeitig verlangen wir die Neuwahl des Bundestages, damit wir einen Bundestag und eine Bundesregierung erhalten, die unsere Wahlstimme nicht mehr missbrauchen und auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.** Diese Mitteilung und Aufforderung senden Sie bitte **per Post** an den Bundespräsidenten. Das Schreiben müssen Sie nur mit **Datum, Ihrem Namen, Ihrer Adresse** und **Unterschrift ergänzen**, ausdrucken und unterschreiben.

Bitte verbreiten Sie die Aktion mit dem Link

<https://gemeinwohl-lobby.de/wahlstimme/>

Hier können Sie die Mitteilung herunterladen:

[>> Brief an Bundespräsident Steinmeier als Word-Datei](#)

[>> Brief an Bundespräsident Steinmeier als ausfüllbares PDF](#)

Unverändert laufen unsere anderen Aktionen auch weiter. Die **Strafanzeige wegen Verletzung des Grundgesetzes** können Sie per Email, per Post und auch in beiden Formen einreichen. Hier kann man die Aktion mitmachen:

<http://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige/>

Neben Wahlen stehen uns auch Abstimmungen (Art. 20-2 GG) zu. Wir haben, im Gegensatz zum Parlament, gehandelt und stellen **vier Ausführungsgesetz-Varianten für eine Volksgesetzgebung (Volksabstimmung) auf Bundesebene zur Wahl.** Nehmen Sie bitte auch an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung auch teil! **Bitte füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Zeigen wir denen da oben, dass wir unsere Verantwortung als Souverän wahr machen und die Kontrolle der Regierung übernehmen, wenn es das Parlament schon nicht tut. Dafür etwas Zeit und ein wenig Geld einzubringen und die o.g. Aktionen alle zu unterstützen, sollte uns Pflicht sein.



Hallo Sabine

Nur die Wahrheit kann uns helfen!

Wir sind auf dem besten Wege computergesteuerte Mensch-Maschinen zu werden. Das Handy ist jetzt schon jetzt ein essenzieller Teil des Lebens der meisten Menschen. Das soll zum unverzichtbaren Kern unseres Lebens werden. Ohne Technik wird jeder danach zum Niemand. Falls das so weitergeht, werden wir zu Sklaven in den Händen einer **skrupellosen** Elite.

Die Achtung der Menschenrechte spielt dabei keine Rolle mehr. Zudem wird das Recht durch die vier Säulen der Gewaltenteilung nicht etwa gesichert, sondern missachtet bzw. ständig gebrochen – wir leben bereits in einem rechtlosen Raum. Unsere Freiheit und sogar unsere Lebensgrundlagen werden so ständig bedroht. Die Handelsausschüsse der Freihandelsverträge, die EU und die WHO sollen unseren Alltag bestimmen. (*Marianne Grimmenstein erklärte dies näher in ihrem Vortrag am 5. August 2023 bei der Partei dieBasis in Neumarkt <https://www.youtube.com/watch?v=VH2CKBo-oR8>*)

Dabei haben wir uns bis jetzt immer auf die Schutzfunktion des Grundgesetzes verlassen. Das Grundgesetz hat jedoch keine magischen Kräfte. Es beruht auf dem gesellschaftlichen Konsens, dass es unantastbar sei. Das Grundgesetz wurde zu oft angetastet bzw. missbraucht, denn es wurde mehr als 330-Mal, meist für Kapitalinteressen, geändert.

Wir müssen einen neuen gesellschaftlichen Konsens finden, bevor wir unsere Freiheit und Lebensgrundlagen ganz verlieren. Deshalb gilt für alle, die das erkannt haben, geht in die Verantwortung, sucht das Gemeinsame und handelt. Ohne einen neuen gesellschaftlichen Konsens geht die Zerstörung weiter.

Da die meisten Menschen die Wichtigkeit des Rechts nicht begreifen, kann die sogenannte Elite weiter nach ihrer Gier leben und die Zerstörung läuft in allen Bereichen ohne Widerstand weiter, es sei denn wir ändern das durch gemeinsames Handeln und setzen damit für andere ein Signal.

Die erschreckende Wehrlosigkeit unserer Gesellschaft gegenüber diesen mächtigen, global agierenden Netzwerken, erklärt sich durch ihre vielfältigen finanziellen Verstrickungen tief in unsere Institutionen hinein – aber nicht nur das. Seit Jahren breitet sich eine Art autoritärer Dilettantismus in den Institutionen aus, deren Führungspersonal nicht nur versagte – viele wurden, bewusst oder unbewusst, in den letzten Krisen selbst zu Tätern.

Nur die Wahrheit über das Ausmaß der Misstände kann uns helfen. Deshalb hoffen wir, dass die Strafanzeige von Marianne Grimmenstein und Uwe Kranz vielen Menschen die Augen öffnet und dass möglichst viele die Strafanzeige mitzeichnen und selbst schriftlich einreichen. Das haben schon einige getan. Die Strafanzeige können Sie auf unserer Homepage heruntergeladen und per Email oder per Post einreichen.

<http://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige/>

Neben den alternativen Medien hat endlich eine Tageszeitung im Sauerland über die eingereichte Strafanzeige geschrieben.

<https://www.come-on.de/luedenscheid/versucher-hochverrat-luedenscheiderin-stellt-strafanzeige-gegen-bundesregierung-92434338.html>

Die Volksgesetzgebung als Teil der Mitbestimmung des Souveräns, ist **unverändert unerlässlich.** Neben Wahlen stehen uns auch Abstimmungen zu, wie es im Art 20-2 GG steht. Wir haben vier Ausführungsgesetze aus Politik und Gesellschaft zur Abstimmung vorliegen. Nehmen Sie bitte daran teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Wir sind der Souverän und es wird Zeit, dass wir das auch die Politik erkennen und spüren lassen!

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Wahrheitsministerien haben Hochkonjunktur

Neben den Bestrebungen der WHO, alles zu zensieren, nimmt die EU sich jetzt schon das Recht, soziale Medien abzuschalten. Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen Thierry Breton betonte, dass soziale Medien wie Snapchat oder TikTok während der jüngsten Unruhen in Frankreich nicht genug für die öffentliche Sicherheit getan hätten. „*Sie werden mehr tun müssen*“, sagte Breton im Fernsehsender France Info.

Ab dem **25. August 2023** soll vieles nicht mehr möglich sein in den sozialen Netzwerken, und zwar nicht nur in Frankreich, sondern auch EU-weit. An diesem Tag entfaltet das EU-Gesetz über digitale Dienste (GdD, Englisch: **Digital Services Act, DSA**) seine Wirkung auf 19 „sehr große“ Onlineplattformen und Suchmaschinen. **Es wird erwartet, dass der Digital Services Act eine der strengsten Zensurmaßnahmen sein wird, die die EU bisher ergriffen hat.**

Die Auswirkungen beschreibt Thierry Breton so: „*Wenn es hasserfüllte Inhalte gibt, die zum Beispiel zur Revolte aufrufen, die zum Töten oder zum Anzünden von Autos aufrufen, sind sie (die sozialen Netzwerke) verpflichtet, diese Inhalte sofort zu löschen. Wenn sie dies nicht tun, werden sie sofort bestraft.*“ **Als Strafen werden Geldbußen von bis zu sechs Prozent des weltweiten Umsatzes gegen die Big-Tech-Unternehmen genannt.** Sollten sie weiterhin Anlass für Beschwerden bieten, müssten die Plattformen am Ende sogar mit einer Abschaltung „auf unserem Territorium“ rechnen, so Breton mit unklarem Bezug.

Mehr dazu kann hier nachgelesen werden.

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/eu-digital-services-act/>

Oder hier lesen wir, warum das hehre Ziel Hassrede zu bekämpfen nur der Vorwand für umfangreiche Zensurmaßnahmen ist

<https://ansage.org/die-who-auf-dem-weg-zur-weltmanipulations-organisation/>

Musk kontert sogar EU-Zensur: Alle Anträge auf Löschung von Posts werden veröffentlicht. Damit können wir mindestens etwas verfolgen, was sie alles gelöscht haben wollen.

<https://exxpress.at/musk-kontert-eu-zensur-alle-antraege-auf-loeschung-von-posts-werden-veroeffentlicht/>

Auch wenn zensiert werden wird, Strafanzeigen und Verfassungsbeschwerden dürfen wir ja noch einreichen, noch! So unsere Strafanzeige an die Bundesgeneralanwaltschaft gegen die Bundesregierung wegen des Verdachts auf u.a. Hochverrat und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. **Zur Strafanzeige haben wir auf unserer Seite noch mehr Informationen hochgeladen.** Damit werden auch einige offene Fragen beantwortet.

<http://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige/>

Volksgesetzgebung ist unerlässlich. Wir pochen auf unser Recht lt. Art 20 Satz 2 GG, außer Wahlen auch Abstimmungen durch das Volk wahrnehmen zu können. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es bitte per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Viel Wind ist notwendig

Das Bundesverfassungsgericht verweigert die Entscheidung über die eingereichte Verfassungsbeschwerde von M. Grimmentstein und U. Kranz. Vor der Wiedervereinigung hatte das Bundesverfassungsgericht über jede Verfassungsbeschwerde noch entschieden. 1993 wurden die Gesetze des Bundesverfassungsgerichts geändert. Danach entscheidet der Senat frei über die Annahme einer Verfassungsbeschwerde und die Ablehnung der Annahme bedarf keiner Begründung. **In allen Fällen, wo es um die Ablösung des Grundgesetzes geht, entscheidet das Bundesverfassungsgericht nicht mehr.**

Das Positive ist in dieser Antwort, dass wir jetzt **schwarz auf weiß** haben, dass das Bundesverfassungsgericht auch bei realen Gefahren, wo es um die Vernichtung der Demokratie und Menschenrechte geht, nicht mehr tätig wird. Wir dokumentieren zurzeit, was bei uns nicht mehr funktioniert. Das ist wichtig für spätere Aktionen.

Auch die Verfassungsbeschwerden gegen die verschiedenen Freihandelsabkommen werden ähnlich behandelt. Die hochkarätige Verfassungsbeschwerde gegen das Freihandelsabkommen EUSFTA (EU-Singapur) von Prof. Dr. Wolfgang Weiß, Universität Speyer, wurde zwar bis jetzt nicht abgelehnt, aber sie wird beim Bundesverfassungsgericht ohne Urteil und ohne jegliche Stellungnahme seit 2019 einfach verwahrt. Inzwischen wird das Freihandelsabkommen voll angewendet.

Wie kann es weitergehen? Wir stellen jetzt eine umfassende Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Bundestages und der Bundesregierung, die uns an die WHO verkaufen wollen. Diese Strafanzeige wird wieder von M. Grimmentstein und U. Kranz eingereicht und kann auch wieder von Ihnen als Unterstützung an die Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe gesandt werden. **Diesmal ist es ausreichend die Strafanzeige per E-Mail zu senden.** Die Strafanzeige können Sie hier runterladen:

<https://gemeinwohl-lobby.de/strafanzeige>

Machen Sie mit! **Auch bei der Strafanzeige kann jeder mitmachen.** Für Rettung der Demokratie gibt es kein Patentrezept, aber nur gemeinsam können wir etwas erreichen. Es ist wichtig, überall **WIND** zu machen. **Wenn wir nichts tun, haben wir schon verloren.**

Volksgesetzgebung ist dringend notwendig. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf eine Veranstaltung aufmerksam machen. Auf dem diesjährigen bundesweiten Friedensfestival **PAX TERRA MUSICA** (<https://www.pax-terra-musica.de/>) vom 27. bis 30 Juli in Friesack (Brandenburg) präsentiert sich erstmals auch die GemeinWOHLlobby.

Die Musik ist ein Schlüssel zur Gemeinsamkeit. Von Rock über Pop und Hip Hop bis zu Klängen der Didgeridoos werden die Teilnehmer gemeinsam tanzen und feiern. Außerdem wird es Workshops und Vorträge geben.

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und



Hallo Sabine

Gürtel enger schnallen – muss das sein?

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat am 28. Juni 2023 eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionsströmen zur befürchteten Deindustrialisierung Deutschlands veröffentlicht. Daraus lässt sich erkennen, dass deutsche Unternehmen mit immer mehr Problemen konfrontiert werden: Energieunsicherheit und Fachkräftemangel. Die meisten deutschen Direktinvestitionen finden in den USA statt. Die stark gestiegenen Abflüsse an Investitionskapital aus Deutschland sind ein Warnsignal, dass der Standort an Attraktivität verliert. Damit verlieren immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt und die soziale Spaltung der Gesellschaft wächst.

<https://www.iwkoeln.de/studien/christian-rusche-eine-analyse-auf-basis-von-direktinvestitionen.html>

Das müsste alles nicht so sein. Diese Tendenzen sind keine Naturgesetze, wogegen wir nichts tun können. Die Basis unseres Zusammenlebens ist das Recht. Da das Recht oft gebrochen wird, haben wir immer mehr Probleme. **Wo Gerechtigkeit herrscht, hat die Bevölkerung auch bessere Lebensqualität.** Deshalb versucht unsere Initiative, stets die Menschen in diesem Sinne zu bewegen und sich so für unsere Zukunft einzusetzen.

Aus diesem Grund haben wir die Verfassungsbeschwerde wegen des Pandemievertrags und der Veränderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften eingereicht. In der kommenden Woche wird auch ein Eilantrag zur Verfassungsbeschwerde von den Hauptklägern, Marianne Grimmenstein und Uwe Kranz, beim Verfassungsgericht nachgereicht. Es hat sich durch die Anfrage eines Bundestagsabgeordneten rausgestellt, dass die Bundesregierung keine Vorschläge zu den beiden geplanten Verträgen mit der WHO gemacht hat. **Das Verhandlungsmandat zu den beiden Verträgen hat sie an die EU-Kommission übertragen.** Der Bundestag wurde darüber überhaupt nicht informiert und hat dem auch nicht zugestimmt. Das ist der Gegenstand des Eilantrags.

Inzwischen haben fast 600 Leute die Verfassungsbeschwerde eingereicht. Hier weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass niemand die ursprünglichen Anlagen der Verfassungsbeschwerde mit einreichen muss. Die Anlagen wurden durch Links ersetzt.

Das Gericht antwortet auf die Verfassungsbeschwerde immer ähnlich: Die Leute sollen auf Rechtsprechung verzichten. Falls Sie so eine Antwort erhalten, können Sie mit unserem Muster-Antwortschreiben an das Gericht antworten (*s. Punkt 2 im Link unten*). Sie müssen das Schreiben nur mit Ihrem Aktenzeichen, das Sie vom Gericht erhalten haben, Datum, Namen, Anschrift und Unterschrift ergänzen. Hier finden Sie alle Unterlagen zur Verfassungsbeschwerde:

<https://gemeinwohl-lobby.de/verfassungsbeschwerde-who/>

Diese Vorfälle zeigen, dass Volksgesetzgebung auf Bundesebene bitter nötig ist. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Informationen zur WHO-Verfassungsbeschwerde

Über 400 Leute haben schon die Musterverfassungsbeschwerde eingereicht. **Das ist wunderbar, aber es müssen noch mehr werden.** Die Teilnahme ist denkbar einfach, weil die Verfassungsbeschwerde von Marianne Grimmenstein für alle freigegeben ist. Es sind nur die 28 Seiten der Beschwerde mit den persönlichen Angaben zu ergänzen, auszudrucken und zu unterschreiben. Die Anlagen zur Verfassungsbeschwerde müssen nicht beigefügt werden, denn in der Musterverfassungsbeschwerde sind die Anlagen als Link schon drin.

<https://gemeinwohl-lobby.de/verfassungsbeschwerde-who/>

Inzwischen konnten wir feststellen, dass das Bundesverfassungsgericht auf die vielen Verfassungsbeschwerden scheinbar auch mit einer gleichlautenden Antwort reagiert. Das Gericht lehnt die Verfassungsbeschwerde nicht direkt ab, denn jeder bekommt ein Aktenzeichen. Es wird jedoch versucht, die Leute dazu zu bewegen, selbst von der Klage Abstand zu nehmen. Wenn man nämlich auf das Antwortschreiben des Gerichts nicht reagiert, wird die Sache automatisch eingestellt. So leicht machen wir es dem Gericht nicht! **Wir sollen unverändert darauf bestehen, dass uns der Rechtsweg zusteht.** Wir haben daher einen Musterwiderspruch an das Bundesverfassungsgericht formuliert. Dieses Schreiben finden Sie als PDF oder DOC auch unter

<https://gemeinwohl-lobby.de/verfassungsbeschwerde-who/>

Der Musterwiderspruch befindet sich auf dieser Seite unter Punkt **2. Antwort bei Ablehnung.** Sie müssen diese wieder nur mit Ihrem Aktenzeichen vom Bundesverfassungsgericht, Datum, Namen, Anschrift und Unterschrift ergänzen. Wir bitten, dass jeder, der ein Antwortschreiben vom Bundesverfassungsgericht erhält, sich bei uns umgehend unter kontakt@gemeinwohl-lobby.de meldet.

Die Bundestagspetition zu einer elektronischen Gesundheitsakte kann man noch zwei Wochen unterzeichnen. **Bitte unterschreiben und verbreiten!**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/2023/05/05/Petition_150309.nc.html

Wir brauchen dringend auch eine **Volksgesetzgebung auf Bundesebene.** Das zeigen unsere Probleme, die dadurch immer mehr werden, weil es keine Volksabstimmung gibt, die den Politikern ihre Grenzen zeigt. Diese wollen natürlich keine Beteiligung des Souveräns, denn was würde herauskommen, wenn die Menschen z.B. per Volksentscheid über den **Verbleib in der WHO** oder über den **Erhalt des Bargelds** abstimmen könnte? Das mag sich jetzt selber vorstellen. Viele Organisation fordern ebenfalls die Volksabstimmung, aber eine gemeinsame Aktion wie die unsere wird aus Organisations-Interessen wenig unterstützt. Seien Sie souverän und nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Flyer zu der Abstimmungsaktion kann man unter danielazibi@aol.com bestellen.

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein



Hallo Sabine

Die Pläne der WHO

Dr. Abdullah Assiri von **Saudi Arabien** ist der Leiter der Arbeitsgruppe für die Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Er hat in der letzten Sitzungsphase der Weltgesundheitsversammlung ganz klar verkündet, dass es bei der WHO-Ermächtigung um **Freiheitseinschränkungen** geht. Die angestrebten Maßnahmen sollen hauptsächlich die Einschränkung der individuellen Freiheiten priorisieren. Er sagte wörtlich, dass es um "die Priorisierung von Maßnahmen" geht, "die die individuellen Freiheiten einschränken können".

In der letzten Sitzungsphase wurde sogar **Nordkorea** in den Exekutivrat der WHO gewählt. Der Exekutivrat der WHO setzt sich aus 34 Gesundheitsexperten der Mitgliedstaaten zusammen. Sie werden für eine Amtszeit von drei Jahren von der Weltgesundheitsversammlung gewählt. In der Zeit zwischen den jährlichen Sitzungen der WHO ist der Exekutivrat für die Führung zuständig.

Die Hauptaufgaben des Exekutivrates bestehen in Ausführung der Beschlüsse und Richtlinien der Versammlung. Die Menschenrechtsorganisationen laufen jetzt Sturm. Saudi Arabien und Nordkorea kümmern sich jetzt um unsere Gesundheit.

<https://www.nordkurier.de/politik/who-gibt-nordkorea-machtigen-posten-und-fuehrt-neue-impfpasse-ein-1668982>

Hier können Sie sich näher über den Gründer der WHO, **Brock Chisholm**, informieren. Der Gründer hat schon zu Zeiten des WHO-Aufbau's sehr offen über eine Weltregierung durch die WHO fabuliert.

<https://norberthaering.de/macht-kontrolle/who-gruender-brock-chisholm/>

Die Verfassungsbeschwerde von Marianne Grimmenstein und Uwe Kranz wegen der Machenschaften der WHO hat ein Aktenzeichen bekommen und wurde (Stand heute) noch nicht abgelehnt. Wir bitten jeden, der die Musterverfassungsbeschwerde noch nicht eingereicht hat, deshalb einzureichen, weil wir damit dem Gericht zeigen, dass das Thema für uns sehr wichtig ist. Da die Mainstream Medien absolut darüber schweigen, können wir dieses existenzielle Thema u. a. mit dieser Aktion doch ins Gespräch bringen. Einige von Ihnen haben zwar schon einen Ablehnungsbescheid bekommen, aber das spielt jetzt keine Rolle. Wir müssen weitermachen. Wir werden in den nächsten Wochen noch zusätzliche Aktionen starten, damit das Thema WHO überall präsent wird. Unter diesem Link können Sie die Verfassungsbeschwerde mit den notwendigen Informationen runterladen:

<https://gemeinwohl-lobby.de/verfassungsbeschwerde-who/>

Es gibt wieder eine wichtige Petition. Eine Bundestagspetition fordert, dass eine Gesundheitsakte nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen angelegt werden darf. Die WHO will auch nur noch gläserne Menschen haben. **Bitte unterschreiben!**

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2023/_05/_05/Petition_150309.nc.html

Wir brauchen schnellstens die Volksgesetzgebung/Volksabstimmung auf Bundesebene. Diese steht uns lt. Art 20/2 GG zu und ist das notwendige Pendant zum Parteien-System. Wir stellen vier Ausführungsgesetze zur Wahl. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung zur Volksgesetzgebung teil! **Füllen Sie das Formular aus und senden Sie es per Post an die angegebene Adresse!**

<https://gemeinwohl-lobby.de/volksabstimmung/>

Flyer zu der Abstimmungsaktion kann man unter danielazibi@aol.com bestellen.

Mit herzlichen Grüßen
Team Gemeinwohllobby und
Marianne Grimmenstein